

II-1075 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR ARBEIT UND SOZIALES

Zl. 30.037/6-1a/1991

1010 Wien, den 8. März 1991
Stubenring 1
Telefon (0222) 711 00
Telex 111145 oder 111780
Telefax 7137995 oder 7139311
DVR: 0017001
P.S.K.Kto.Nr. 5070.004
Auskunft

Klappe -- Durchwahl

313 IAB

1991 -03- 08

zu 252 IJ

Beantwortung der Anfrage des Abg. Srb und FreundInnen betreffend
Umwandlung des ÖIBF in eine öffentliche Forschungseinrichtung zur
Berufs- und Arbeitsmarktforschung
(Nr. 252/J)

Frage 1: Warum wurde in Österreich bis heute noch
keine öffentliche Forschungseinrichtung
zur Berufs- und Arbeitsmarktforschung
installiert?

Antwort:

Zunächst ist festzustellen, daß das Bundesministerium für Arbeit
und Soziales seit vielen Jahren für intensive und verwertbare
Forschung auf dem Gebiet der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
sorgt und damit sowohl für die einschlägige Fachdiskussion als
auch für politische Entscheidungen umfangreiche und wertvolle
Grundlagen zur Verfügung stellt.

Diese Feststellung läßt sich durch eine kleine willkürlich ge-
troffene Auswahl von entsprechenden Arbeiten leicht belegen:

- Ausländische Arbeitnehmer in Österreich
- Dynamische Tarifierfassung für ein Reformmodell der
österreichischen Arbeitslosenversicherung

- 2 -

- Verbesserung individueller Arbeitsmarktchancen durch berufliche Weiterbildung
- Saisonale und konjunkturelle Faktoren der Arbeitslosigkeit im Zusammenhang mit der Arbeitsmarktpolitik
- Evaluation der betrieblichen Einstellungs- und Einschulungsförderung
- Erfolgskontrolle regionaler Wirtschaftsförderung am Beispiel der Arbeitsmarktförderung in den entwicklungsschwachen Gebieten des Wald- und Weinviertels
- Analyse von individuellen Beschäftigungskarrieren
- Berufs- und Arbeitsplatzperspektiven in CSFR und Ungarn
- Betriebliche Strategien zur Mitarbeiterrekrutierung in der Steiermark
- Kurzfristige Arbeitsmarktprognose
- Regionale Arbeitsmarktprofile
- Stabile Arbeitsplätze für Frauen in innovativen Frauenprojekten in Europa: Österreichisches und europäisches Modell als Anregung für europäische Regionalpolitik
- Kosten der Saisonarbeitslosigkeit
- Längerfristige Arbeitsmarktprognosen (Arbeitsmarkt 2.000)
- Qualifikationsanforderungen der Betriebe im Konjunkturaufschwung
- Analyse des Qualifikationspotentials der bei den oberösterreichischen Arbeitsämtern vorgemerkten Arbeitssuchenden in Metall- und Elektroberufen
- Aus der Sicht der Betroffenen: Arbeitslosigkeit und Arbeitssuche im Bereich der Metall- und Elektroberufe

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales erfüllt damit einen Gesetzesauftrag, denn im Unterschied zu vielen OECD-Ländern, insbesondere den angelsächsischen Industriestaaten, hat Österreich den Auftrag zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung im Arbeitsmarktförderungsgesetz verankert.

Das Gesetz gibt dafür keinen bestimmten organisatorischen Rahmen vor. Offenbar war es die gesetzgeberische Absicht, daß sich die zweckmäßigste Form der Erfüllung dieser Aufgaben frei entwickeln sollte.

- 3 -

Tatsächlich ist es gelungen, auf dem Gebiet der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in den letzten Jahren die Entwicklung einer Forschungslandschaft zu forcieren, wobei sich durch das Prinzip des wechselweisen Wettbewerbs in Österreich eine Reihe von qualifizierten Institutionen, Instituten und Forschungsstellen wie auch eine Reihe entsprechend qualifizierter Forscher und Forscherinnen für die Durchführung von Arbeitsmarkt- und Berufsforschung herausgebildet hat.

Zum Beleg für diese Feststellung läßt sich wieder eine - notwendigerweise unvollständige - Auswahl von Institutionen, die über entsprechend hochqualifizierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen verfügen und im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales bisher hochqualifizierte Arbeit in diesem wissenschaftlichen Bereich geleistet haben, anführen:

- Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung
- Das Institut für Höhere Studien
- Das Institut für Regionalforschung
- Die Arbeitsgemeinschaft für mikroanalytische Arbeitsmarktstudien
- Das Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung
- Das Österreichische Institut für Berufsbildungsforschung
- Das Österreichische Institut für Arbeitsmarktpolitik in Linz
- Das Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft
- Das Europäische Zentrum für Ausbildung und Forschung auf dem Gebiet der sozialen Wohlfahrt
- Das Institut für angewandte Sozial- und Wirtschaftsforschung
- Das Institut für berufsbezogene Erwachsenenbildung an der Johannes-Kepler-Universität
- Das Ludwig Boltzmann-Institut für Wachstumsforschung
- Das Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der Arbeiterkammer Oberösterreich
- Die Universitäten Linz und Graz mit einem eigenen Forschungsschwerpunkt "Dynamik der Arbeitslosigkeit und Beschäftigung"
- Die Gesellschaft für Interdisziplinäre Sozialforschung Graz
- Das IT-Institut

- Das Wiener Institut für Sozialwissenschaftliche Dokumentation und Methodik

Dazu kommen verschiedene Einrichtungen der Arbeiterkammern, aber auch eine Reihe von Einzelforschern, wie Universitätsprofessoren, wissenschaftliche Mitarbeiter/innen von Universitäts- und einschlägigen Forschungsinstituten. Diese Aufzählung ist, wie schon gesagt, natürlich nur ein Ausschnitt aus allen jenen Einrichtungen bzw. Forschern und Forscherinnen, die im Umfeld der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung tätig sind.

Organisatorisch wurde die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales den auf dem Gebiet der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung tätigen Forscher/innen und Institutionen dadurch erreicht, daß für den generellen Forschungszusammenhang zwischen Sozial-, Beschäftigungs- und anderen Politikbereichen im Bundesministerium für Arbeit und Soziales eine koordinierende Grundsatzabteilung geschaffen wurde, im Aufgabenbereich der Sektion Arbeitsmarktpolitik ist eine Forschungskoordinationsstelle für den Bereich der Arbeitsmarktpolitik im weitesten Sinne tätig. Für frauenspezifische Fragestellungen liegt die Koordinations- und Vergabefunktion für Forschungsaufträge bei der Abteilung für grundsätzliche Angelegenheiten der Frauen.

Diese organisatorische Lösung hat im Umfeld von Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowohl der Grundlagenarbeit als auch der konkreten Bewertungsarbeit zu einzelnen Arbeitsmarktgesichtspunkten wie auch den verschiedenen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten zu einer bemerkenswerten Entwicklung der österreichischen Forschungslandschaft beigetragen. Gleichzeitig hat die praktizierte Vorgangsweise geholfen, unter Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit der eingesetzten Mittel ein umfassendes Angebot an Ergebnissen zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zu erstellen, das nicht nur durch die thematische Vielfalt, sondern auch durch unterschiedliche methodische, sektorale und andere Zugänge besticht. Der Gesetzauftrag zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung konnte bisher also

- 5 -

auch ohne ein Bundesinstitut voll erfüllt werden. Daher ist es bisher nicht zur Gründung eines solchen Institutes gekommen.

Allerdings haben die Arbeiten auf diesem Gebiet jetzt einen Umfang erreicht, der Überlegungen hinsichtlich neuer Rahmenbedingungen erforderlich macht. Das gilt sowohl für die Arbeiten im Rahmen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales als Auftraggeber als auch für die Zusammenarbeit mit und unter den auf diesem Gebiet tätigen Forschungsinstitutionen. Es werden daher mittelfristig Lösungen gefunden werden müssen, die die Vorteile einer qualitativen und kompetenten Steuerung der Forschungsarbeit und des vorhandenen breiten Angebotes hoch qualifizierten wissenschaftlichen Potentials mit neuen Formen der Nutzung dieser Möglichkeiten verbinden.

Frage 2: Sind Sie dafür, das ÖIBF in eine öffentliche Forschungseinrichtung umzuwandeln?

Antwort:

Die Neugestaltung der Forschungsorganisation im Bereich der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung steht unter den in der Antwort zu Frage 1 dargestellten Gesichtspunkten zur Diskussion. Ihre endgültige Form wird vom Ergebnis dieses Diskussionsprozesses abhängen.

Der Bundesminister:

